

**Es gilt das gesprochene Wort. Sperrfrist: 12.11.2009 – 17.00 Uhr**

**Rede des Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers Karl-Gustav Mölle  
zur Einbringung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2010 sowie zum  
Haushaltssicherungskonzept**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren von Rat und Verwaltung,  
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,  
zunächst darf ich Sie recht herzlich begrüßen und Ihnen bereits an dieser Stelle versichern, dass Haushaltsreden in diesen schwierigen Zeiten keine vergnügungssteuerpflichtigen Angelegenheiten sind, weder für den Vortragenden noch für die Zuhörenden. Aber keine Angst, ich werde versuchen, Ihnen den Entwurf des Haushaltsplanes 2010 und seine Botschaften näher zu bringen. Dabei ist mir klar, dass viele von Ihnen zum ersten Mal etwas über einen Haushaltsplan hören.

„Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“, so titelte unser letzter Haushalt für die Jahre 2008 und 2009. Aber warum sollten wir in konjunkturell guten Zeiten sparen, wenn es doch genug Begehrlichkeiten und Nachholbedarfe gab? „Gebranntes Kind scheut das Feuer“, kann ich hier nur sagen und viele von Ihnen wissen wovon ich rede. Unsere Kreisstadt verbrachte nämlich seit 1994 viele schwere Jahre in der Haushaltssicherung mit unausgeglichenen Haushalten. Sparen hieß für uns in Unna auch immer Vorsorge für schlechte Jahre zu treffen – und diese Vorsorge wollten wir in der konjunkturellen Aufschwungphase 2008 und 2009 treffen. Leider kam es anders als wir es erwartet haben.

Nachdem die Haushaltsjahre 2005 bis 2007 kamental ausgeglichen gestaltet werden konnten, wurden wir durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum 01.01.2008 erstmals wieder mit einem Fehlbetrag von 7,1 Mio. € konfrontiert. Dieser Fehlbetrag war aber ausschließlich auf die ab 2008 zu erwirtschaftenden und nicht liquiditätswirksamen Abschreibungen und Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Um diese strukturelle Lücke des Haushaltes schließen zu können, habe ich bereits in meiner Einbringungsrede zum Doppelhaushalt auf die Notwendigkeit der Erarbeitung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes hingewiesen. Dieses

freiwillige Haushaltssicherungskonzept hat der Rat in seiner Sitzung am 25. September 2008 einstimmig beschlossen. Wir haben also schon zu einem Zeitpunkt Sparmaßnahmen eingeleitet, als die Finanzkrise nur schemenhaft am bis dahin blauen Konjunkturhimmel erkennbar war. Mit besten Steuerergebnissen konnte der Haushalt 2008 wie geplant abgeschlossen werden – dann kam das Jahr 2009.

Immer schneller griff die Finanzkrise auf die Realwirtschaft über und die konjunkturelle Lage verschlechterte sich von Monat zu Monat. Dass wir im Jahr 2009 die schwerste Wirtschaftskrise seit Bestehen unserer Republik durchschreiten, ist Ihnen bekannt. Mit weltweit koordinierten Eingriffen wurden Finanzmärkte stabilisiert und Arbeitsmärkte beruhigt. Das Krisenmanagement der damaligen Bundesregierung fand nationale und internationale Anerkennung: in kürzester Zeit wurden Rettungsschirme für die Banken und die Wirtschaft aufgespannt, mit Konjunkturprogrammen soll das gestörte gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder stabilisiert werden, erste Erfolge sind erkennbar. Um Arbeitsplätze zu sichern, haben Arbeitgeber und Gewerkschaften beispielhaft gehandelt, auch hier in Unna. Und welche Auswirkungen hat die Krise nun auf unseren Haushalt 2009?

Durch konjunkturell bedingte Steuermindereinnahmen, höhere Personalaufwendungen durch den Tarifabschluss, eine höhere Kreisumlagezahlung sowie Mehraufwendungen im Sozialbereich schnellte das ursprünglich vorgesehene Defizit von 6,8 Mio. € um 8,4 Mio. € auf 15,2 Mio. € in die Höhe. Als im Oktober die Nachricht einer noch stärker rückläufigen Einkommensteuer und die Ankündigung des Kreiskämmerers einer dramatischen Kreisumlageerhöhung auf meinem Schreibtisch landeten, habe ich mit dem Bürgermeister entschieden, eine Haushaltssperre zu verhängen. Nun gilt es, unser Eigenkapital zu schonen und den Fehlbetrag des Jahres 2009 auf 15,2 Mio. € zu begrenzen. Warum? Hier meine Antwort.

Am 01.01.2008 verfügten wir über ein Eigenkapital von insgesamt 117,6 Mio. €. Bis zum 31.12.2009 werden wir davon für die Jahre 2008 und 2009 voraussichtlich insgesamt 22,3 Mio. € benötigen, so dass wir zum 01.01.2010 noch über ein Eigenkapital von 95,3 Mio. € verfügen werden. Leider hat die Krise auch die Kreisstadt Unna erreicht, sie hat vor unseren Stadttoren nicht Halt gemacht. Ob es das schon war, mit der Krise, und was uns in der nahen Zukunft erwartet? Wir werden es jetzt hören und sehen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
es wird ernst, wenn ich Ihnen die nächsten Zahlen nenne: steuern wir nicht gegen, produzieren wir bis zum Jahr 2014 zusätzliche Fehlbedarfe von 116,2 Mio. € Und das bei einem Eigenkapital, wie gerade gehört, von 95,3 Mio. €. Allein im nächsten Jahr fehlen uns ohne Haushaltssicherungsmaßnahmen 30,9 Mio. € und das dicke Ende kommt erst noch: im Jahr 2011 fehlen in unserem Haushalt 33,2 Mio. €. Allein in diesen zwei krisenhaften Haushaltsjahren sollen uns 64,1 Mio. € fehlen? Den älteren Herrschaften in diesem Raum möchte ich diese Zahl in einer anderen Verpackung zurufen: in zwei Jahren fehlen uns 125.000.000 DM! Wem, bitte schön, sollen wir diese Zahlen noch vermitteln? Wie sollen wir mit einer Unterdeckung des Haushaltes umgehen, die nahezu  $\frac{1}{4}$  unseres Haushaltsvolumens von 136,8 Mio. € umfasst? Wir werden umdenken und wir müssen umsteuern, denn ohne Gegensteuerung sind wir durch den völligen Eigenkapitalverzehr im Finanzplanungszeitraum überschuldet und ab 01.01.2010 im Nothaushaltsrecht.

Wie kann diese Gegensteuerung nun erfolgen? Sie können sich zwischen drei Alternativen entscheiden:

1. Sie stecken den Kopf in den Sand, beschließen kein Haushaltssicherungskonzept, warten auf den Sparkommissar und überlassen unseren nachfolgenden Generationen einen Scherbenhaufen. Ich glaube sagen zu dürfen, dass in diesem Saal keine Person ernsthaft über diese Alternative nachdenkt oder nachgedacht hat.
2. Sie sparen mit vollem Elan gegen die jetzigen Fehlbeträge an. Schnell werden Sie bei diesem Vorschlag feststellen, dass Sie selbst bei Streichung sämtlicher Einrichtungen und freiwilliger Aufgaben ihr Klassenziel nicht erreichen können. Und wie wird unsere Stadt nach einem solchen Streichkonzert aussehen? Ist unser Unna dann noch erlebenswert und attraktiv genug, um im Wettbewerb der Regionen bestehen zu können? Wir glauben, diese Frage mit einem NEIN beantworten zu können. Alternativ könnten Sie noch über eine Steuererhöhung nachdenken. Aber auch hier sind wir uns sicher, dass Sie keine Grundsteuererhöhung um 350% oder 1.500 Punkte auf dann 1.930 Punkte beschließen werden. Eines garantieren wir Ihnen allerdings bei einer Beschlussfassung: einen Auftritt im heute-journal und in den tages Themen.

3. Sie stellen sich die Frage nach der Ursache der Fehlbedarfe, konsolidieren zielorientiert, passen im Rahmen eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes die städtische Infrastruktur an und können so im Rahmen des Haushaltssicherungsprozesses die kommunale Selbstverwaltung noch halbwegs aufrecht erhalten.

Meine Damen und Herren, Sie können sich nun sicherlich vorstellen, zu welcher Alternative wir uns bei der Aufstellung dieses Haushaltes entschieden haben: wir schlagen Ihnen klar die Umsetzung des dritten Lösungsweges vor.

Stellen wir uns also zunächst die Frage nach der Ursache der Fehlbedarfe.

Eine messerscharfe Analyse unserer Ertrags- und Aufwandspositionen hat zu dem Ergebnis geführt, dass in den Jahren 2010 bis 2014 nahezu 75 Mio. € oder 2/3 des Fehlbedarfes auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen sind. Um nur drei Beispiele zu nennen: uns brechen im nächsten Jahr die Gewerbesteuereinnahmen um 7,5 Mio. € oder 35% ein. Die Einkommensteuer folgt mit 4,6 Mio. € oder 20% und der Kreis Unna verlangt eine um 4,9 Mio. € höhere Kreisumlage.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Satz zum Kreis Unna. Der Kreis Unna ist wegen seines nicht mehr vorhandenen Eigenkapitals bereits heute überschuldet und verfügt insofern über keinen Reservepuffer mehr. Alle zusätzlichen Belastungen muss der Kreis 1:1 an seine Kommunen weitergeben; und das sind nahezu ausschließlich nicht abwendbare Zusatzbelastungen im Sozialbereich! Mein Kollege Kreiskämmerer Stratmann ist bereits heute finanziell ausgebrannt und kann gegen die Höhe seiner Fehlbedarfe mit eigenen Bordmitteln nicht mehr seriös ansparen. Wann merken die Damen und Herren in Düsseldorf eigentlich, dass es Regionen in unserem Land gibt, die seit Jahren strukturell unterfinanziert sind und nicht mit Städten wie Langenfeld oder Attendorn verglichen werden können?

Fixe Rechner unter Ihnen haben schon festgestellt, dass alleine diese drei Positionen Haushaltsverschlechterungen von 17,0 Mio. € umfassen und mit „Bordmitteln“ nicht mehr zu bewältigen sind. Was ich zum Ausdruck bringen möchte geht klar in eine Richtung: nämlich zu unterscheiden in

1. die konjunkturell bedingten Defizite und
2. die strukturell bedingten Defizite.

Nun differenziert unsere Gemeindeordnung leider nicht zwischen einem konjunkturellen und einem strukturellen Fehlbedarf. Ein Fehlbedarf ist nach der Gemeindeordnung ein Fehlbedarf und durch geeignete Maßnahmen zu eliminieren, ansonsten droht das Nothaushaltsrecht. Wie aber sollen die Kommunen mit diesen riesigen Fehlbeträgen umgehen? Wir können doch nicht ernsthaft in Erwägung ziehen, ein Sparprogramm über 30 Mio. € aufzulegen. Bund und Land geben uns doch mit den letzten Orientierungsdaten vor, wann wir mit einem entsprechenden Wachstum wieder festen Boden unter den Füßen spüren sollen. Spätestens 2014 sollen wir wieder das Ertragsniveau des Jahres 2008 erreicht haben! Ist es dann sinnvoll, in den vor uns liegenden Jahren unsere gesamte Infrastruktur auf den Opfertisch der Haushaltssicherung zu legen? Was praktizieren Bund und Länder in dieser schwierigen Zeit? Sie spannen Rettungsschirme auf und zwischenfinanzieren ihre eigenen konjunkturellen Fehlbeträge mit Milliarden-Krediten. Und den Kommunen soll dieses Recht nicht zugestanden werden? Unabhängig von der Frage nach der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen muss es doch einem jeden Laien einleuchten, dass bei einem Konsolidierungsverlangen in diesen Größenordnungen die kommunale Selbstverwaltung und die damit verbundene Finanzhoheit in vielen Städten und Gemeinden nur noch auf dem Papier steht.

Ich könnte Ihnen jetzt viele Beispiele nennen, in denen Bund und Land die Kommunen mit neuen Aufgaben belastet haben, ohne gleichzeitig die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen – ich spare mir die Aufzählungen und auch den Hinweis, dass der Soli einmal die Himmelsrichtung wechseln sollte. Es ist für mich nahezu unerträglich geworden, miterleben zu müssen, wie auf allen Ebenen ständig Rechnungen zu Lasten Dritter ausgestellt werden. Die Politik muss auf allen Ebenen umdenken, neue Strukturen schaffen und den Kommunen endlich eine auskömmliche Finanzausstattung zugestehen. Ein „weiter so“ zulasten der Kommunen darf es nicht mehr geben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
was brauchen wir? Wenn uns Bund und Land nicht helfen, müssen wir uns selber helfen und Schutzschirme aufstellen. Nur wenn wir unser Eigenkapital zur Zwischen-

finanzierung der konjunkturellen Fehlbedarfe in Anspruch nehmen, können wir einen Großteil unserer über Jahrzehnte hinweg aufgebauten Infrastruktur erhalten. Dafür benötigen wir allerdings 73,9 Mio. €

Und damit wäre ich bei unserem zweiten Kernsatz des Lösungsweges: wir konsolidieren zielorientiert, nicht planlos, und müssen darauf achten, dass wir ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept erstellen. Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir an notwendigen Infrasturkuranpassungen nicht vorbei kommen.

Wir sprechen nun also über unsere strukturellen Defizite im Haushalt. Diese liegen bei 6,0 Mio. €/jährlich und müssen durch geeignete Maßnahmen im Jahr 2014 beseitigt sein. Sie können es mir glauben: nach Einarbeitung des freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes und der langen Haushaltssicherungsprozesse in den letzten 15 Jahren war es nicht einfach, ein Sparvolumen von 6,0 Mio. €/jährlich zu erschließen. Wir haben auch lange darüber diskutiert, wo und wie wir den erneuten Haushaltssicherungsprozess gestalten – er sollte ausgewogen, sozialverträglich und gerecht sein.

Insgesamt schlagen wir Ihnen eine Sparliste mit 25 werthaltigen Maßnahmen vor. Von dem Konsolidierungspotential in Höhe von 6,0 Mio. € entfallen auf

- den größten Block 1,8 Mio. € oder 30%. Die größten Einsparungen liegen, wie so oft, im Personalbereich. Von den 58 bis zum Jahr 2014 aus Altersgründen ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen 37 nicht mehr ersetzt werden. Der Stellenabbau schreitet also weiter voran und wird Einschränkungen in nahezu allen Dienstleistungsbereichen nach sich ziehen. Ob Rentenstelle, Bürgerservice oder Bauaufsicht, es wird den Kunden deutlich zu machen sein, dass nicht jeder Wunsch sofort erfüllt werden kann. Entsprechend der Landesrichtlinien zur Beschleunigung des Personalabbauprozesses haben wir im Finanzplanungszeitraum flankierend 1,0 Mio. € vorgesehen, zum Beispiel für Abfindungen. Auf betriebsbedingte Kündigen haben wir bisher bewusst verzichtet.

- im zweiten Block, den Infrastrukturmaßnahmen, erwarten wir Verbesserungen von 1,2 Mio. € oder 20%. Durch die Anpassung unserer Infrastruktur werden wir Einsparungen generieren, die nicht unbedingt auf Gegenliebe stoßen. Allein schon die Aufgabe des Freizeitbades bringt erhebliche Ersparnisse mit sich. Was bringt uns die eventuelle Aufgabe eines Schulstandortes? Nach der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes werden wir es wissen, in welchen Schulbereichen Anpassungsnotwendigkeiten bestehen.
- Über die eingeplanten Ertragsverbesserungen in Höhe von 1,2 Mio. € oder 20% werden viele Menschen in unserer Stadt nicht erfreut sein. Über einen sehr langen Zeitraum hinweg konnten wir Steuererhöhungen vermeiden. In der jetzigen finanziellen Situation sehen wir uns allerdings gezwungen Ihnen vorzuschlagen, die Grundsteuer B um 4,7% oder 20 Punkte auf 450 anzuheben. Die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer haben wir vor dem Hintergrund der Wirtschaftslage nicht angetastet. Die Hundesteuer haben wir um 1,00 €/monatlich erhöht und auf die Sätze unserer Nachbarkommunen angepasst. Aus diesen zwei Steuererhöhungen generieren wir jährlich 500 T€, das ist sehr, sehr viel Geld. Aber im Vergleich zu einer anderen Steuererhöhung ist das eine kleine Summe: bitte setzen Sie diese Mehreinnahmen in Höhe von 500 T€/jährlich doch einmal in das Verhältnis zu der rund 5 Mio. € umfassenden Mehrbelastung der Kreisumlage. Auch sind die Kostendeckungsgrade unserer im städtischen Haushalt geführten Einrichtungen zu erhöhen; dass wird nicht ohne Gebührenerhöhungen und Proteste gehen. Bitte bedenken Sie bei jeder Gebührenerhöhung: die Alternative stellt die Schließung dar. Selbst die Parkgebühren können von einer moderaten Anpassung nicht ausgenommen werden.
- Das unsere Beteiligungen ihren Konsolidierungsbeitrag leisten müssen, ist in unserer Stadt seit langer Zeit schon eine Selbstverständlichkeit. Die Stadtbetriebe, unsere Stadthalle und die WBU mit ihren Tochtergesellschaften werden einen Sparbeitrag von insgesamt 900 T€ oder 15% am Konsolidierungsvolumen zu leisten haben.

- Die dauerhafte Reduzierung von Sachaufwendungen bringt am Ende noch einmal eine Größenordnung von 600 T€ oder 10% mit sich. Und nun darf ich Ihnen auch die Frage nach den Zuschusskürzungen beantworten: es sind 80 T€ von insgesamt 1.033 T€ oder knapp 8%. Zu einer höheren Kürzung konnten und wollten wir uns nicht entscheiden, weil die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Bei einer weitergehenden Streichung würde unserer Meinung nach die Lebensqualität unserer Stadt Schaden nehmen, das soll nicht sein. Bemerkenswert dürfte es sein, dass wir den Zuschuss an die Werkstatt im Kreis Unna um 200 T€ auf 450 T€ erhöht haben. Das freiwillige Haushaltssicherungskonzept sah noch eine Kürzung des Zuschusses von 500 T€ auf 250 T€ vor.

So viel in der Kürze zu den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
im Finanzplanungszeitraum erhoffen wir uns eine Einsparung von insgesamt 21,7 Mio. € und müssen feststellen, dass auch unser eigener struktureller Anpassungsprozess bis zum Jahr 2014 noch einmal einen Eigenkapitalverzehr von 20,5 Mio. € erfordert. Ergo benötigen wir zur Abdeckung des konjunkturellen und strukturellen Defizites bis zum Jahr 2014 insgesamt 94,5 Mio. € von den noch vorhandenen 95,3 Mio. €. Wenn der Haushaltsausgleich im Jahr 2015 endgültig erreicht ist, steht uns also nur noch ein Eigenkapital in Höhe von 800 T€ zur Verfügung, das war's.

Zu den Risiken und Nebenwirkungen unseres Haushaltssicherungskonzeptes kann ich Ihnen sagen, dass Sie

1. auch das Kleingedruckte im Haushalt lesen sollten,
2. wie Bund und Land auf ein stetiges Wirtschaftswachstum setzen sollten und
3. nicht sicher sein können, ob uns die Kommunalaufsicht das Haushaltssicherungskonzept und die Eigenkapitalinanspruchnahme in der gewünschten Höhe genehmigen wird.

Sollten im Haushaltsvollzug 2010 zusätzliche Steuerausfälle, Aufwendungen oder Wünsche zu finanzieren sein, rede ich Klartext. Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund unserer nahezu nicht mehr vorhandenen Kapitaldecke bewegen wir uns unvermittelt in das Nothaushaltsrecht. Und dann noch ein klares Wort in die Richtung des Landesgesetzgebers:

- verlängern Sie den gesetzlich fixierten Konsolidierungszeitraum um die krisenhaften Jahre,
- rechnen Sie die Abschreibungen und Pensionsrückstellungen bei der Beurteilung der Haushaltsslage einer Kommune heraus,
- stellen Sie endlich eine auskömmliche Gemeindefinanzierung sicher und
- vermeiden Sie so die Zerschlagung der kommunalen Infrastruktur, in vielen Städten und Gemeinden ist es bereits 5 Minuten nach 12!

Meine Damen und Herren,

die Maschen dieses Haushaltes und Haushaltssicherungskonzeptes sind extrem eng geknüpft, es geht allerdings auch noch enger. Zur Bewältigung der Krise schlagen wir Ihnen aber einen anderen Weg, unseren Weg vor: den Weg des Eigenkapitalverzehr. Das ist sicherlich kein leicht zu beschreitender Pfad und für Sie keine leichte Entscheidung. Aber nur in einem angemessenen Zeitfenster können wir unsere Infrastruktur anpassen. Wir meinen, dass durch unseren Lösungsvorschlag

- die Lebensqualität in unserer Stadt gesichert wird,
- unsere Identität nicht auf der Strecke bleibt,
- wir nicht zu einem Filialisten ohne Gesicht werden
- und wir nur so eine selbstbewusste und attraktive Kreisstadt mit hervorragenden Alleinstellungsmerkmalen bleiben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

nun darf ich in meiner Haushaltsrede natürlich den investiven Teil unseres Haushaltes nicht ausblenden. Darf eine Kommune in diesen schweren Zeiten noch investieren? Ein klares JA, wenn das Haushaltssicherungskonzept genehmigt wird und die

geplante Kreditaufnahme die Tilgungsbeträge nicht überschreitet. Unser Investitionsvolumen liegt im Jahr 2010 bei 7,7 Mio. €, unsere Kreditgrenze bei 2,9 Mio. €.

Zunächst einmal bleibt festzustellen, dass wir die im Rahmen des Konjunkturpaketes II vom Rat einstimmig beschlossenen Investitionsmaßnahmen fortführen. Leider dürfen auch nach der Novellierung des Grundgesetzes keine Konjunkturmittel in den Straßenbau fließen; für diesen Zweck hatten wir ursprünglich 500 T€ vorgesehen. Wir schlagen Ihnen mit diesem Haushalt vor, die frei gewordenen Konjunkturmittel für die Sanierung der JKS, den Feuerwehrgerätehausneubau in Mühlhausen und den Neubau einer Sportanlage im Unnaer Süden einzusetzen. Dazu gleich aber noch mehr.

Ohne Konjunkturmittel werden wir natürlich die Fortführungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Verlegung des Busbahnhofes oder die Sanierung der Feuer- und Rettungswache, zu finanzieren haben. Mit den Fortführungsmaßnahmen ist unser Investitionshaushalt aber schon so gut wie ausfinanziert.

Trotz der Enge des Haushaltes gibt es doch noch einige neue Investitionen in unserer Stadt. So darf sich die Feuerwehr zum Beispiel über eine digitale Alarmierung und die Ausrüstung mit digitalem Funk freuen.

Der Schulsportplatz an der Palaiseaustraße wartet, ebenso wie der Sportplatz an der Weberstraße, auf seine Weiterentwicklung.

Ich komme nun auf den Sport und in diesem Zusammenhang auf die Stadtentwicklung in unserer Stadt zu sprechen. Lange Diskussions- und Planungsphasen hat es rund um das Sportzentrum im Süden unserer Stadt gegeben. Leider sind die dort gehegten Vorstellungen und Wünsche auf absehbare Zeit nicht finanzierbar. Durch die öffentlichen Diskussionen hat die an der Weberstraße gelegene Sportplatzfläche allerdings so viel Aufmerksamkeit erregt, dass Investoren bereits im Vorfeld nach einer schellen Entwicklung dieser innenstadtnah gelegenen Grundstücksfläche rufen. Mit der Entwicklung dieser Fläche könnten wir hohe private Investitionen auslösen und den Bedarf nach innenstadtnah gelegenen Grundstücken befriedigen. Der Freizug des Sportplatzes an der Weberstraße setzt allerdings einen Neubau an einer anderen Stelle voraus. Wir schlagen Ihnen vor, eine kleinere Variante der ursprünglich geplanten Sportplatzanlage im Unnaer Süden zu realisieren und den Sportplatz an der Weberstraße zu veräußern.

In einem ersten Schritt würden wir einen Kunstrasenplatz und ein Vereinsheim mit Nebenanlagen auf dem Grundstück des „Wohnparks Unna Süd“ errichten; Flächen stehen für eine künftige Weiterentwicklung optional zur Verfügung. In einem zweiten Schritt könnte das Herderstadion für die Leichtathletik ertüchtigt und im Gegenzug der Sportplatz am Hertinger Tor aufgegeben werden – aber das ist noch Zukunftsmusik und nicht in der Finanzplanung enthalten. Soviel zum Sport in unserem städtischen Haushalt.

Für den Straßenbau sehen wir im Jahr 2010/2011 den Umbau des Knotens „Innenstadtring/Kantstraße“ für insgesamt 767 T€ vor. Das war's, bis auf die Schilder. Und ich werde nicht müde mich zu wiederholen: trotz aller Lippenbekenntnisse werden in unserer Stadt jährlich immer noch 100 T€ für Schilder verausgabt. Für mich ein völlig unverständlicher Vorgang, zumal in vielen anderen Städten der Schilderwald bereits gerodet oder gelichtet wurde.

Und nun werden Sie fragen, was mit dem Freizeitbad in Massen geschieht. Hatten wir doch einen klaren Prüfauftrag des Rates abzuarbeiten und mit der Vorlage dieses Haushaltes ein Lösungskonzept mit einer Finanzierung vorzulegen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieser Prüfauftrag hat es in sich gehabt und ich glaube sagen zu dürfen, dass die mit der Abarbeitung dieses Auftrages beauftragte Arbeitsgruppe ihr Bestes gegeben hat. Ob es das Beste ist, müssen Sie beurteilen und schlussendlich entscheiden. „Schauen wir mal“, würde der Kaiser sagen. In groben Zügen versuche ich Ihnen nun eine Modellvariante vorzustellen, die in Wirklichkeit hoch komplex ist und in den parlamentarischen Beratungen eingehend zu erläutern sein wird.

Wir haben uns dazu entschieden Ihnen vorzuschlagen, noch in diesem Jahr das Freizeitbad, die Eissport- und Schwimmsporthalle an die WBU zu veräußern und von der WBU ein Familienbad für 3,7 Mio. € bauen zu lassen. Der Betrieb aller Einrichtungen soll ab 01.01.2011 von unseren Stadtwerken sichergestellt werden. Und was bringt uns nun diese Umorganisation?

Bringen wir es auf den Punkt: der Betrieb des neuen Bades verursacht im städtischen Haushalt einen Folgeaufwand in Höhe von 500 T€, unter Konzerngesichtspunkten kann diese Belastung noch einmal um mindestens 200 T€ verringert und auf dann 300 T€ gedrückt werden. Schlussendlich erhalten sie für diese 300 T€ ein att-

raktives Familienbad, allerdings ohne Solebecken und ohne Sauna – die Finanzierung dieser Module ist leider nicht mehr darstellbar. Gegenüber der heutigen Situation spart der Konzern eine glatte Million Euro ein.

Dass die in Edelstahl ausgekleideten Becken nur mit regenerativen Energien beheizt werden, sei nur am Rande erwähnt. Freuen wir uns auf die Diskussion „rund um das Bad“ und vergessen Sie bitte nicht dabei, dass die 0-Lösung, das hieße Abriss und Ersatz durch eine Grünanlage, den städtischen Haushalt mit rund 200 T€ jährlich belasten würde.

Wir freuen uns, Ihnen auch in der schwierigsten Haushaltslage unserer Stadt eine Lösung präsentieren zu dürfen, die

- Ihre Einsparvorgaben noch einmal optimiert
- die Wasserflächenbedarfe in unserer Stadt deckt
- hoch attraktiv ist und
- den Anforderungen des Klimaschutzes voll inhaltlich gerecht wird.

Gehen wir dieses spannende Themenfeld gemeinsam an.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und ihre Arbeit bedanken, ganz ausdrücklich und persönlich aber bei den Kolleginnen und Kollegen im Finanzmanagement. Trotz der enormen Arbeitsanfälle in diesem Jahr hat es das Team wieder einmal geschafft, diesen Haushalt zeitgerecht, übersichtlich und gut verständlich zu erstellen. Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch Achim Thomae für den Haushalts- und Ines Brüggemann für den Beteiligungsbereich. Beide haben sich in nahezu aufopfernder Art und Weise in die jetzt zur Diskussion anstehenden Prozesse eingebracht.

Ihnen, meine Damen und Herren, wünsche ich für Ihre anstehenden Beratungen in den nächsten Wochen gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen. Bis zur Verabschiedung des Haushaltes am 17. Dezember 2009 stehe ich Ihnen und den Fraktionen zur Verfügung. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und schließe meine Haushaltsrede mit einem herzlichen

GLÜCK AUF!